

Basel Stadt Land Region

Unia wollte 13-Jährige für Demo mobilisieren

Vortrag an Sekundarschule Eltern und Politiker kritisieren einen Auftritt der Gewerkschaft als aktivistisch. Erziehungsdirektor Conradin Cramer und die betroffene Schulleitung ziehen Konsequenzen.

Isabelle Thommen

Ein Vortrag der Gewerkschaft Unia an der Sekundarschule Hohlbein von Ende April schlägt hohe Wellen. Er hat Diskussionen über die politische Neutralität von Basler Schulen ausgelöst. Vergangene Woche erreichte das Thema den Grossen Rat.

Die BaZ hat mit einer betroffenen Mutter gesprochen. Ihr Kind geht in die zweite Sekundarstufe und hat ihr vom Vorfall berichtet. «Die Unia hat in der Klasse Werbematerial verteilt; T-Shirts und Sticker. Sie haben die Kinder aufgefordert, diese an die Wand zu kleben», erzählt sie.

«Je mehr meine Tochter von diesem Besuch erzählte, desto empörter war ich. Es handelte sich offensichtlich um eine Propagandaaktion mit dem Ziel, die Jugendlichen bereits jetzt zu rekrutieren und mobilisieren», kritisiert die Mutter. Eineinhalb Stunden habe der Vortrag gedauert. «Sie haben die Kinder aufgefordert, sich, sobald sie alt genug sind, bei der Unia anzumelden. Meine Tochter war zudem völlig empört, weil Männer am Vortrag sehr schlechtgemacht wurden.» Ausserdem seien am Vortrag die «Arbeitgeber, die die Arbeitnehmerinnen unterdrücken» Thema gewesen sowie die «kleinen Fische, die vom grossen Fisch gefressen wurden».

«Bedauerlicher Einzelfall»

Schliesslich hätte die Unia-Vertretung die 13- und 14-jährigen Jugendlichen aufgefordert, an der 1.-Mai-Demo sowie am Frauenstreik teilzunehmen.

Die Mutter hat sich auf die Erzählung ihrer Tochter hin an den zuständigen Regierungsrat Conradin Cramer und die Schulleitung gewandt. Letztere habe sich mittlerweile telefonisch offiziell bei ihr für den Vorfall entschuldigt. Die Schulleitung bestätigt den Vorfall auf Anfrage der BaZ. «Es handelt sich um einen bedauerlichen Einzelfall an unserer Schule», heisst es in der schriftlichen Antwort. Zwei Lehrpersonen hätten ohne Absprache mit der Schulleitung eine Vertretung einer Gewerkschaft eingeladen. «Die Vertreterinnen der Gewerkschaft nutzten die Einladung, entgegen den Absprachen mit den Lehrpersonen, für einen Auftritt in einer



1.-Mai-Demo 2023 in Basel: Die Unia hatte bei einem Schulauftritt für Demoteilnahmen geworben. Foto: Dominik Plüss

Art, die wir nicht tolerieren», so das Schreiben weiter. «Die Lehrpersonen fühlten sich im Moment überrumpelt, thematisierten dies aber unmittelbar nach der Lektion mit den Schülerinnen und Schülern und distanzieren sich vom Auftritt und vom Inhalt der Gewerkschaftsvertreterinnen.»

«Es ist nicht üblich, dass Vertretungen von politischen Organisationen an unsere Schule eingeladen werden, damit sie sich bei uns in dieser Art präsentieren können», so die Schulleitung weiter. «Im Vordergrund steht immer die politische und religiöse Neutralität im Unterricht.» Die Schulleitung hat mit den betroffenen Lehrpersonen ein Gespräch gesucht. Diese hätten ihr Missfallen über den Vortrag wiederum der Unia mitgeteilt. Die Unia ihrerseits sagt auf An-

frage, sie habe bisher auf ihre «zahlreichen» Vorträge zu Arbeitnehmer- und Frauenrechten «ausschliesslich positive und konstruktive Rückmeldungen erhalten». «Wir konzipieren solche Auftritte nicht ideologisch, sondern passen sie sorgfältig an die jeweilige Situation und den Kontext an», sagt Unia-Mediensprecherin Daria Frick. «Die Vorwürfe sind unbegründet, und die Tatsache, dass wir Materialien in Seminaren verteilen, bedeutet nicht, dass wir gegen die Sozialpartner vorgehen.»

Unia: Unnötige Kritik

«Solche Vorwürfe sind inhaltsleer und als Gewerkschaft, die in den meisten Fällen Gesamtarbeitsverträge mit den Sozialpartnern abschliesst, ist es völlig unbegründet, uns so zu kritisieren», so Frick weiter. «Die Unia

wird sich nicht für die Selbstverständlichkeiten einer Frauenbewegung und die aktive Unterstützung der Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rechtfertigen.»

Interpellation eingereicht

FDP-Grossrat Luca Urgese hat wegen des Vorfalls im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht. «Ich habe mich jahrelang für die obligatorische Staatskunde starkgemacht. Dabei habe ich immer gesagt, wie wichtig es ist, dass dies politisch neutral erfolgt», sagt Urgese. «Solche Vorträge mit politisch starker Schlagseite untergraben die Akzeptanz des politischen Unterrichts.» Urgese habe nichts gegen Vorträge von Gewerkschaften per se. «Aber die Gegenseite muss auch zu Wort kommen.» In diesem Fall wäre das ein Wirt-

schafts-oderArbeitgeberverband. Man könne durch die Selektion des Unterrichtsstoffs zu einem gewissen Grad beeinflussen, wie neutral der Unterricht werde, argumentiert Urgese. Das gelte auch für den Geschichtsunterricht, sagt er auf Nachfrage: «Wenn man im Zusammenhang mit der Industrialisierung aufzeigt, wie der Arbeiterkampf abliefe und was rausgekommen ist, dann ist das nicht per se politisch



Staatskunde sei politisch neutral, fordert Luca Urgese. Foto: Keystone

gefärbt. Wenn aber die Gewerkschaften als Helden und die Arbeitgeber als die Bösen dargestellt werden, wird die Geschichte nicht neutral erzählt.»

Dasselbe gelte für den politischen Unterricht: «Verschiedene Perspektiven müssen Platz haben, damit sich die Schülerinnen und Schüler selbst eine Meinung bilden können.»

Erziehungsdirektor Conradin Cramer beantwortete die Interpellation am Mittwoch im Grossen Rat: «Der Regierungsrat geht mit dem Interpellanten einig, dass das Verteilen politischer Werbematerialien in einer Schule gegen das Neutralitätsgebot verstösst und somit nicht erlaubt und zu unterbinden ist.» Der Regierungsrat wolle mit den Schulleitungen die Thematik aufgreifen. Weitere Fälle seien nicht bekannt.